




# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der  für den Odenwald Nr. 7 September 2017

---

## **Ausgabe zur Bundestagswahl am 24. September 2017**

### ***Guten Tag!***

Es ist wieder soweit: wir werden gebeten, unsere Stimme abzugeben. Und wie immer werden viele von uns mit wenig Überzeugung ihr Kreuzchen beim „kleineren Übel“ machen.

Die CDU-Wählerschaft ficht das nicht an. Zu geschickt hat Mutti ihr klar gemacht, dass sie alles richtig und gut hinbekommt.

Die traditionellen Wählerinnen und Wähler der SPD sind wieder einmal im Dilemma. Einerseits wissen sie genau, dass zwischen CDU und SPD kaum noch ein Blatt Papier passt. Andererseits spüren viele aber auch ganz genau, dass es auch mit Martin Schulz nicht besser wird und vor allem: dass es so nicht weiter gehen kann.

Die Grünen von Frau Göring-Eckardt, Herrn Kretschmann und den noch übleren Boris Palmer entlarven sich selbst als Ökoabteilung des reaktionären Bürgertums.

Und die Linke muss sich entscheiden zwischen der Linie des Herrn Ramelow oder der von Sahra Wagenknecht.

Die FDP ist vor allem in sich selbst verliebt und ansonsten wie immer der bravste Dackel des Finanzkapitals

Und die braunen Hetzer der AfD hoffen vor allem darauf, dass Viele nicht zur Wahl gehen. Erst das wird sie stark machen.

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist klar: ein „Weiter so!“ der CSU-CDU-SPD-FDP-Grünen-Koalitionäre, vielleicht verstärkt durch die rechte Hälfte der Linken, führt die Mehrheit der Menschen in diesem Land in noch tiefere Ratlosigkeit, Perspektivlosigkeit und finanzielle Notlagen.

Die Armut Vieler wird weiter wachsen, die berühmte Schere zwischen den Wenigen ganz oben und den meisten ganz unten weiter auseinanderklaffen.

Was es tatsächlich braucht, ist eine grundsätzliche, eine radikale Kurskorrektur. Keine Gnadengaben, Almosen und Trostpflästerchen sondern Gerechtigkeit. Keine wohlfeilen und verlogenen Populistenphrasen sondern die harte Arbeit an einem Systemwandel.

Den gibt es nämlich nicht geschenkt. Der muss gegen den erbitterten Widerstand der Profiteure und ihrer Handlanger erkämpft werden.

Hamburg hat gezeigt, dass die Gegenseite entschlossen ist,- mit Kerzen in der Hand und mit Mahnwachen werden wir da nichts ausrichten.

Es wird Zeit, in einer Welt, die sich auf der Seite des Finanzkapitals längst schon globalisiert hat, den Widerstand zu internationalisieren.

Und überall, auch bei uns, zu stärken! Innerhalb und außerhalb der Parlamente.

Darum rufen wir dazu auf, klare und deutliche Zeichen zu setzen.

Nicht das vermeintlich kleinere Übel zu wählen und nicht zu Hause zu bleiben.

Geht am 24. September zur Wahl!

Wählt eine Partei, die für echte Alternativen steht!

Wählt Kommunistinnen und Kommunisten!

Und engagiert Euch dann selbst! Was in den Parlamenten nicht gelingt, müssen wir auf den Straßen erzwingen, in den Schulen und Betrieben, in den Universitäten und Fabriken erkämpfen!

Eine andere Welt ist möglich. Wir kämpfen dafür!

DKP Odenwald

## ***Kapitalismus im Endstadium***

Wohin die Entwicklung in unserem Land in wenigen Jahren führen wird, kann man jetzt schon durch einen Blick in die USA erkennen. Dort ist das pervertierte System, das sich bei uns einmal dreist „Soziale Marktwirtschaft“ nannte, in sein vorläufiges Endstadium eingetreten: Die Superreichen bewohnen eigene Viertel, paramilitärisch abgesichert und bewacht. Ihre Kinder besuchen eigene Schulen und Hochschulen, sie verfügen über ein eigenes Gesundheitssystem und besitzen sämtliche wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten.

Auf der anderen Seite die täglich wachsenden Gettos. Immer mehr Menschen, die selbst vom Lohn für zwei Ganztagsjobs nicht leben können, deren Kinder keine Chance auf Betreuung, Bildung und soziale Sicherheit haben, denen der Zugang zu Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern verwehrt bleibt und die im Alter in Armut dahin vegetieren.

Wie unverschämt, wie dreist sind angesichts dieser Entwicklungen die Einwände gegen einen Systemwandel! Und doch funktioniert das noch immer, denn der Antikommunismus wird in unserem Land jedem

Menschen mit der Muttermilch eingeflößt. Die Sowjetunion, die DDR und heute Kuba müssen als gräßliche Argumente dafür herhalten, dass alles besser ist als diese Systeme. Dazu wurden und werden historische Tatsachen geleugnet und verdreht.

Heute aber ist klar: die Mehrheit der US-amerikanischen Rentner wäre froh und dankbar für einen Lebensstandard, den die Rentner in der DDR vor dreißig Jahren schon hatten!

Die Mehrheit der US-amerikanischen Arbeitslosen und Geringverdiener wäre froh und dankbar für eine Gesundheitsversorgung, wie sie das sozialistische Kuba seinen Bürgerinnen und Bürgern seit Jahrzehnten zur Verfügung stellt.

Und die Mehrheit der abgehängten Armen in den USA wäre froh und dankbar für Zugänge zu einem Bildungssystem, wie es die Sowjetunion, die DDR und Kuba ihren Völker erschlossen und bereit gestellt hatten und haben.

Als sich die Mauer öffnete, kamen doch keine Heerscharen von unbehandelten Kranken, verhungerten Elendsgestalten und Analphabeten heraus!

Die bringt der freie und soziale Westen hervor. Die sind der Kollateralschaden des Kapitalismus. Und die werden täglich mehr, solange sie sich nicht endlich wehren, organisieren und den Herrschaften auf die Finger schauen und hauen.

Darum: Die Erkenntnisse von Marx und Engels waren zutreffend. Jeder neue Tag beweist das zur Genüge. Die Einsichten von Liebknecht und Luxemburg waren richtig und wichtig, darum wurden sie ermordet. Und die Strategien Lenins waren klug und zielführend zu ihrer Zeit wie heute.

Es gilt, das Erlebte in Erlerntes zu verwandeln. Es gilt, sich nicht blenden zu lassen sondern wach zu sein. Und es gilt, allen systemtragenden Parteien und Gruppierungen die Alternative entgegen

zu halten, die für einige wenige Menschen große Verluste bringt, für die gewaltige Mehrheit der Menschheit aber ein Leben in Würde und in gerechten Verhältnissen ermöglicht.

Setzt am 24. September ein Zeichen! Wählt Kommunistinnen und Kommunisten!

## ***Nach dem Riester-Betrug kommt jetzt der Nahles-Beschiss.***

Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Opposition hat der Bundestag am Donnerstag, 1. Juni 2017, dem von der Bundesregierung vorgelegten **Betriebsrentenstärkungsgesetz** zugestimmt.

Weil die gesetzliche Rente so brutal zusammengekürzt wurde gibt es jetzt mehr Betriebsrente für alle.

Nahles: „Die Tarifpartner vereinbaren dabei eine sogenannte Zielrente. Auf Garantien und Mindestleistungen durch die Versorgungseinrichtungen wird verzichtet. Das ist etwas fundamental Neues in der kapitalgedeckten Altersversorgung“.

Fundamental neu, ja fundamental Scheiße. Soll man sich jetzt freuen, weil nichts mehr garantiert wird?

Normal- und Geringverdiener knapsen sich ernsthaft noch etwas vom kargen Lohn ab, und damit wird dann an der Börse gezockt, ohne Garantien. Der Arbeitnehmer spart zwar erst mal Steuern und Abgaben, aber wenn die Betriebsrente ausgezahlt wird, dann wird's bitter.

Dann muss er nämlich die gesamten Sozialabgaben zahlen, auch den Arbeitgeberanteil, muss die Rente voll versteuern und hat eine niedrigere gesetzliche Rente, weil er weniger Beiträge gezahlt hat.

Weil sie für eine Betriebsrente sparen, kriegen sie zur Strafe weniger gesetzliche Rente.

Wie zynisch und böse ist das denn, dass man so etwas überhaupt Betriebsrente nennen darf? Wollen die uns verarschen?

Früher bekam man die Betriebsrente noch zusätzlich, komplett oder anteilig von der Firma bezahlt. Bei dem neuen Gesetz soll man dankbar sein, wenn der Chef noch 15 Prozent zuschießt. Allerdings hat er durch

weniger Sozialabgaben vorher schon 20 Prozent gespart. Man könnte also sagen, er nimmt den Beschäftigten 5 Prozent weg. Wer hat das denn ausgerechnet? Andrea Nahles!

Werbung der Versicherungskonzerne: „Sie geben uns ihr Geld und bekommen vielleicht später was zurück, oder nichts, mal sehen?

Erleben sie ihre Altersversorgung als spannendes Auf und Ab an der Börse. No risk, no Rendite, und am Ende gibt es bis zu 50 Prozent Abzüge. Garantiert!“

Sie sagen Betriebsrente, wir sagen Betrugsrente!

-nach Kabarettist Oliver Welke

## ***Was sagt die SPD dazu?***

„Die Zukunft braucht neue Ideen. Und einen der sie durchsetzt.“

Diese Aussage auf dem SPD-Plakat erzeugt Erwartungen. Wie aber sieht es mit der Gegenwart, besonders aber mit der Vergangenheit aus? Immerhin haben wir es nicht mit einer neuen Partei zu tun, sondern mit einer, die seit Helmut Kohls Abwahl fast ununterbrochen in der Regierung ist. Ja, die SPD hat Ideen und setzt diese auch durch. Leider decken sich diese Entscheidungen häufig nicht mal mit den Beschlüssen ihrer Mitglieder.

Das ist tragisch und erhellend zugleich. Ein Blick auf die Internetseite des Deutschen Bundestages

<http://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmungen>

kann einem bei diesen Fragen Klarheit verschaffen.

24. Juni 2016 – Bei der Abstimmung zum Thema Fracking in Deutschland stimmt die SPD trotz landesweiter Proteste dafür.

22. September 2016 – Trotz millionenfacher Unterschriften von Gegnern und großer Ablehnung selbst in ihrer Mitgliedschaft stimmen

die Bundestagsabgeordneten der SPD für CETA, das geheim verhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada.

10. November 2016 – Bei Kriegs- und Auslandseinsätzen wie dem Kampf gegen den IS quälen die SPD Abgeordneten keine Zweifel, denn sie stimmen auch da für die AWACS-Einsätze der Bundeswehr über Syrien.

15. Dezember 2016 – Bei der Beschlussfassung für den weiteren Bundeswehreinsatz in Afghanistan konnte man ebenso mit ihnen rechnen. An der Verteidigung unserer Demokratie am Hindukusch führt offenbar kein Weg vorbei.

1. Juni 2017 – somit konnten auch die Anträge von Grünen und Linken nach sofortigem Abschiebestopp von Kriegsflüchtlingen nach Afghanistan nur die Ablehnung der SPD finden.

1. Juni 2017 – Mit der Zustimmung der SPD wurde der Einstieg in die Autobahnprivatisierung auf den Weg gebracht.

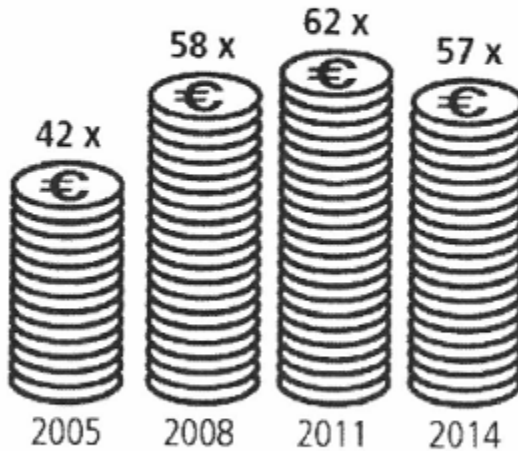
1. Juni 2017 – Bei der Abstimmung zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung in der Leiharbeit hatte die SPD den Dank der Unternehmerverbände auf ihrer Seite.

Alles in allem kann man sagen, auf die SPD ist Verlass wenn es um Kapitalinteressen geht. SPD, CDU/CSU, FDP, AfD und Grüne sind austauschbar und bilden einen Parteienmix, dem die Belange der Bevölkerung ziemlich egal sind .

Robert

## Unverändert hoch

Sovielmal mehr verdienen die  
Vorstände als die Beschäftigten  
im Unternehmen\*



\*DAX-30-Unternehmen

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2016

Aus Einblick März 2017

### ***Bundesregierung legt Sozialbericht vor – Armut ist regierungsamtlich!***

(wir zitieren aus „UNSERE ZEIT“ vom 11. August 2017)

Zunächst einmal soll der Sozialbericht der Bundesregierung vergessen machen, dass der Sozialstaat das Ergebnis des weit über hundertjährigen harten Kampfes der ArbeiterInnenbewegung für ein Leben in Sicherheit und Würde ist. Er ist keine Wohltat der Regierenden, er verteilt keine Geschenke, sondern Leistungen für die die Versicherten selbst in Form von Beiträgen und Massensteuern gezahlt haben.

Gern greifen die Medien in ihrer Berichterstattung über diesen



Sozialbericht die Ideologie von der Marktwirtschaft als einer Leistungsgesellschaft auf, in der sich die Tüchtigen durchsetzen und die anderen eben zurückfallen.

Die soziale Wirklichkeit in unserem Land belehrt uns eines Besseren. Selbst der geschönte Armuts- und Reichtums Bericht musste eingestehen, dass bei Deutschlands Superreichen nicht harte Arbeit, sondern Erbschaften und Schenkungen bei „zwei Dritteln der Hochvermögenden ein relevanter Grund für ihren Vermögensreichtum“ waren. 37 Prozent der „hart arbeitenden Mitte“, zu der sich 36 Millionen Deutsche zählen, (Forsa/Stern) und 43 Prozent der „sozial Abgehängten“ sind der Ansicht, dass es im Lande „weitgehend ungerecht“ zugeht.“

## **Einige Stichproben**

### *Armutslöhne sind Armutszeugnis*

„In Deutschland hat die Beschäftigung zu niedrigen Löhnen in den vergangenen Jahren zugenommen. Insbesondere im Bereich einfacher Tätigkeiten waren die Tarifvertragsparteien oftmals nicht mehr selbst in der Lage, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unangemessen niedrigen Löhnen zu schützen.“

Sozialbericht der Bundesregierung, Seite 6

### *Aus der Verantwortung gestohlen*

„Angesichts zunehmender Verknappungstendenzen auf vielen regionalen Wohnungsmärkten in Ballungsräumen nimmt die Bedeutung wirkungsvoller sozialer Sicherungsinstrumente des Wohnens zu. Hier geht es zum einen um eine gezielte finanzielle Entlastung der Haushalte durch Wohngeld und die Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) im Rahmen der Grundsicherung, zum anderen um die soziale Wohnraumförderung und ihre wichtige Funktion für die Schaffung und Erhaltung eines preiswerten Wohnungsbestandes für einkommensschwächere Haushalte. Die Zuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung liegt seit der Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 ausschließlich bei den Ländern.“

Sozialbericht der Bundesregierung, Seite 153

### *Renten-Flop*

Betriebliche Altersversorgung (BAV): „Damit verfügen rd. 57 Prozent der Beschäftigten über eine BAV. Die Verbreitung der BAV hat in den letzten Jahren nicht mit dem Beschäftigungsaufwuchs Schritt gehalten.“  
Riester-Rente: „Die Gesamtzahl der Riester-Verträge belief sich Ende 2016 auf 16,5 Mio. Dabei sind im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 rd. 53 000 Riester-Verträge neu hinzugekommen. Ursachen für eine gewisse Stagnation dürften unter anderem die durch die Finanzmarktkrise und die niedrigen Zinsen verursachte Unsicherheit sein.“

Sozialbericht der Bundesregierung, Seite 60

### *Profitorientierte Gesundheitsversorgung*

„Um dieses Ziel im Rahmen der gegebenen finanziellen Mittel zu erreichen und eine hohe Qualität der Versorgung dauerhaft zu gewährleisten, ist eine qualitäts- und wettbewerbsorientierte Ausrichtung des deutschen Gesundheitssystems von grundlegender Relevanz.

Ein funktionierender Qualitäts- und Preiswettbewerb stimuliert die Kreativität der Akteure und fördert die Suche nach innovativen Lösungen. Dieser Suchprozess wiederum steigert die Qualität der Versorgung und ermöglicht die Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitssystem.“

Sozialbericht der Bundesregierung, Seite 68

### *Attraktives Steuerrecht für das Kapital*

„Das Steuerrecht muss den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht werden. Es muss bei einer zunehmend globalisierten Wirtschaft attraktive und faire Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen der Unternehmen in Deutschland bieten.“

Sozialbericht der Bundesregierung, Seite 48

(Auszug aus dem Artikel „*Alles gut. Bundesregierung legt Sozialbericht 2017 vor und wärmt die sozialpartnerschaftliche Brühe auf*“ von Manfred Dietenberger, UZ 11.8.2017)